

Ich möchte mich an der Stelle auch dagegen verwehren. Sie wissen, die Regelung mit dem Wachdienst haben wir in unserem Antrag eingebracht, der Hauptausschuss ist dem gefolgt. Es ist viel zu ernst, Herr Schuldt, als dass Sie sich dieses Themas hier mit solch billigem Populismus bedienen dürfen. Das muss ich ganz entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es ist ein ernstes Thema, und wir haben es nicht populistisch gemeint. Deshalb haben wir im Hauptausschuss über den Antrag auch nicht abgestimmt, sondern wir sind der Meinung: Wir müssen darüber reden. Es ist eine komplizierte „Kiste“: In diesem Hause werden wir zur gleichen Zeit von einem privaten Wachdienst und von Wachdienstkräften des Landtages bewacht. Für die einen gilt der private Wachdiensttarif in Höhe von 4,90 Euro, für die anderen der des öffentlichen Dienstes. An der Stelle haben wir die Verantwortung - eine alte sozialdemokratische Forderung lautet: gleicher Lohn für gleiche Arbeit -

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

uns in einen Diskussionsprozess zu begeben. Deswegen sage ich: miteinander reden! Das ist wichtig, wenn man schon so knapp dran ist und die 3 000 Euro nicht hat, die 5 000 Euro nicht hat.

Dass die Kommunen jetzt mehr Geld bekommen, haben Sie auch gesagt. Der Brandenburg-Tag ist ein herausgehobenes Ereignis; dafür gibt es jährlich eine direkte Zuwendung in Höhe von 200 000 Euro. Jetzt bekommt er eine völlig andere, eine „Brandenburger“, eine größere Dimension: Er wird jetzt mit 400 000 Euro gefördert. Das machte Sinn, wenn man ihn sich größer wünschte. Aber wenn einem an jeder anderen Stelle im Landeshaushalt Geld fehlt, dann kommt man nicht unbedingt auf die Idee, die Aufwendung des Steuerzahlers für den Brandenburg-Tag zu verdoppeln. Darüber muss man nachdenken. Sie haben die Chance, dieses Thema im Rahmen einiger von uns gestellter Anträge noch einmal zu behandeln.

Ich möchte jetzt meinen abschließenden Dank an die Kollegen der Koalitionsfraktionen richten. Es gab eine herausragende Leistung, die von mir unbedingt gewürdigt werden muss. Ich habe aus der Zeitung erfahren - Herr Bischoff und andere haben eine Pressekonferenz gegeben -, dass es der Koalition gelungen ist, im Haushalt eine einzigartige Umschichtung von über 100 Millionen Euro vorzunehmen. Ich möchte Ihnen bestätigen, dass ich für Ihren diesbezüglichen Antrag sehr dankbar bin, denn er ist Bestandteil der Informationen des Ministers der Finanzen und beruft sich auf die Ergebnisse der 128. Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung am 2. und 3. November. Er enthält eine Auflistung von Bereichen, für die gemäß der Steuerschätzung für das Jahr 2007 höhere Einnahmen vorhergesagt werden. Herr Bischoff, ich muss Ihnen sagen:

(Bischoff [SPD]: Das ist ja heute ein richtiges Zwiegespräch!)

- Ja, ich erwähne Sie heute mehrmals; das haben Sie verdient.

(Beifall bei der SPD)

Es ist Ihnen gelungen, die Steuereinnahmen gemäß der Schätzungen für das Jahr 2007 im Detail exakt abzuschreiben. Es

gibt keinen Fehler; alle Umschichtungen im Bereich „Mehreinnahmen“ sind enthalten. Ich möchte Ihnen in besonderer Weise meine Dankbarkeit ausdrücken. Sie haben immer über die Biersteuer gesprochen. Der Antrag, diese mit 1 Millionen Euro höher anzusetzen, kommt von Ihnen. Ich bedanke mich sehr. Sie haben mich mit diesem Thema gut unterhalten. - Danke für die Aufmerksamkeit. Ich wünsche noch einen schönen Tag.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Für die CDU-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Richstein das Wort.

Frau Richstein (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte an den Schluss meiner im Rahmen der Haushaltsdebatte am 18. Mai 2005 gehaltenen Rede anknüpfen. Darin habe ich mir gewünscht, dass die nächste Haushaltsdebatte mehr zum Thema Europa und zu den europapolitischen Vorstellungen der Landesregierung enthalte. Dieser Wunsch ist mir erfüllt worden, ich bin also kein einsamer Rufer in der Wüste; nicht, weil die Klimaveränderung so schleppend ist - wo doch Brandenburg von einigen schon mal in die Verödung und die Verstepung geschickt wurde -, sondern weil Sie, Frau Stobrawa, über Europa gesprochen haben.

Insgesamt bin ich jedoch von Ihnen enttäuscht. Ich weiß nicht, ob es der Beginn einer rot-roten Kuschelrunde ist, oder ob es ein mir bisher unbekanntes Schwarz-Weiß-Denken Ihrerseits gibt. Ich hatte den Eindruck, Sie meinten, die Europapolitik und die Entwicklungspolitik würden seit dem Jahr 1999, also seit wir im Land Brandenburg die Große Koalition haben, immer mehr in den Hintergrund treten und zurückgebaut werden. Sie vergessen vielleicht, dass das Kabinett bereits im Jahr 1999 für brandenburgische Bedienstete, die zur Europäischen Kommission gegangen sind, erstmals einen Landesmittelpool eingerichtet hat. Im Jahr 2001 wurde der Beschluss gefasst, dass jedes Ressort einen Mitarbeiter nach Brüssel entsenden solle. Und wir haben - darauf hatte sich die Große Koalition verständigt - erstmals eine trilaterale Zusammenarbeit mit Berlin und unseren polnischen Nachbarregionen entwickelt. Von daher kann ich Ihre Ansätze nicht verstehen, hoffe dennoch, dass wir im Europaausschuss weiterhin so konstruktiv wie bisher zusammenarbeiten werden.

Ich möchte kurz etwas zu den im Hauptausschuss behandelten Sachanträgen bezüglich der Sinti und Roma sagen. Es hat mich gewundert, dass Sie plötzlich meinen, der Landtag solle eine institutionelle Förderung von Sinti und Roma aufbauen. Das Thema wäre, wenn überhaupt, bei der Landesregierung anzusiedeln. Wonach berechnet sich die Förderung in Höhe von 20 000 Euro, wenn auf die Frage, wie viele Sinti und Roma im Land Brandenburg leben, keine Antwort gegeben werden kann? Damit machen Sie es sich sehr einfach.

Meine Damen und Herren! Auch wenn wir heute ein wenig über Europa gesprochen haben, so kann ich nicht erkennen, dass wir die Bedeutung Europas erkannt haben. Zumindest ist das, wenn wir uns das Kapitel 02 070 anschauen, nicht der Fall. Die Haushaltsmittel für die Landesvertretung in Brüssel sind wieder abgesenkt worden. Natürlich kommen noch die Etats in den einzelnen Ressorts hinzu, in denen man sich mit Europa befasst, aber es reicht meines Erachtens nicht aus, um zu sa-

gen, dass die Bedeutung Europas vollends erkannt worden sei. Es ist anzuerkennen, dass der Ministerpräsident in seiner heutigen Regierungserklärung zur Wirtschaftsförderung Europa erwähnt hat. Es reicht jedoch nicht aus, wenn wir nur über Allgemeinplätze reden. Eine tragende Säule der Wirtschaftsförderung fußt auf der Europäischen Union. Da frage ich mich: Was ist eigentlich die Strategie des „zupackenden Landes“?

Es ist ebenfalls nicht ausreichend, wenn wir dem Modell der Metropolenregion Berlin-Brandenburg, das seit mindestens einem Jahr diskutiert wird, lediglich einen neuen, englischen Namen „Capital Region Berlin-Brandenburg“ geben, sondern wir müssen das Ganze mit Inhalten füttern.

(Vereinzelt Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es ist wichtig, dass wir - wie der Ministerpräsident gesagt hat - dringender denn je sicherstellen, dass die regionalen Interessen und Landesinteressen frühzeitig und wirksam in den Brüsseler Entscheidungsprozess eingebracht werden. Aber - wie gesagt - das spiegelt sich leider im Haushalt nicht wider.

Wir haben für die Landesvertretung in Berlin immerhin 68 000 Euro für Veranstaltungen vorgesehen. Für die Landesvertretung in Brüssel wurden demgegenüber nur 15 000 Euro eingestellt. Die Landesvertretung in Berlin ist wichtig, aber wir müssen bedenken: Dort sind wir eines von 16 Bundesländern, in Europa ist Brandenburg eine von 254 Regionen. In Brüssel ist es viel schwieriger, seiner Stimme Gewicht zu geben und Gehör zu finden.

(Vereinzelt Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Lange bestehenden Problemen kann man nur mit Beständigkeit begegnen. Daher brauchen wir neben der Informationskampagne für die Bürger - Sie beklagen ja immer das mangelnde Interesse der Bürger an Europa - auch einen Ausbau der Europakompetenz innerhalb unserer Administration, und zwar nicht innerhalb der Europaabteilung in der Staatskanzlei - dort sitzt ja die geballte Europakompetenz -, sondern in den einzelnen Ressorts. Ich habe vorhin den Beschluss der Landesregierung, dass jedes Ressort einen Mitarbeiter zur Landesvertretung nach Brüssel entsenden soll, der dort die originären Interessen des Ressorts vertritt, angesprochen. - Das ist bis heute nicht gelungen. Viele vertrauen darauf, dass die ständigen Mitarbeiter in der Landesvertretung die notwendigen Informationen weitergeben; es ist noch nicht Normalität geworden, die Wichtigkeit Brüssels anzuerkennen. Ich denke, dass ein Blick nach Brüssel genauso normal sein muss wie ein Blick nach Berlin.

In der nächsten Zeit stehen, gerade was die Europapolitik angeht, wichtige Aufgaben auch für das Land an. Seit dem 1. September 2006 übersendet die Europäische Kommission alle Konsultationspapiere und Vorschläge für Rechtsakte an die europäischen Organe und die nationalen Parlamente. Wir werden uns zukünftig nicht mehr herausreden können, dass in Brüssel etwas entschieden worden sei, ohne dass wir davon Kenntnis gehabt haben, sondern wir sind originär dazu aufgerufen, am Entscheidungsprozess mitzuwirken, damit später in Brüssel etwas entschieden wird, das unsere Region positiv betrifft. Wir haben bereits in der vorletzten Landtagssitzung den Antrag gestellt, dass wir an diesem Informationssystem teilhaben wollen. Ich hoffe, das wird bald umgesetzt. Wir erwarten Ende Januar den Bericht.

Seit am 1. September 2006 die Föderalismusreform in Kraft getreten ist, haben wir weitere Kompetenzen auf dem europäischen Spielfeld. Wichtig ist auch das Datum 01.01.2007 - der Beginn der neuen Förderperiode. Es ist traurig genug, dass wir weniger Mittel bekommen. Es werden nur noch 2,8 Millionen Euro Strukturfondsmittel zuzüglich der Ziel-3-Förderung ...

(Zuruf von der Regierungsbank: Es sind 2,8 Milliarden Euro!)

- Ja, natürlich, 2,8 Milliarden Euro, herzlichen Dank. Die vielen Nullen!

(Bischoff [SPD]: Manchmal kommt es auf die Nullen an!)

- Ja, manchmal kommt es auf die Nullen an. Nicht im Leben, aber im Haushalt auf jeden Fall.

Wir haben neue Programme, mit denen wir umgehen müssen. Zudem müssen wir verhindern - wie es teilweise in dieser Förderperiode der Fall war -, dass der Mittelabfluss in diesem Bereich stockt.

Deutschland hat derzeit einen guten Namen in Europa. Das begann damit, dass die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel bei den Haushaltsdebatten Europas einen Kompromissvorschlag unterbreitet hatte, der letztendlich zum Ziel führte. Zudem hängt es damit zusammen, dass wir nach vielen Jahren der Verstöße gegen den Stabilitätspakt diesen endlich einhalten. Des Weiteren ist es damit verbunden, dass infolge der Übernahme der Ratspräsidentschaft und des Vorsitzes des G8-Gipfels durch Deutschland hohe Erwartungen an Deutschland gestellt werden. Wir wissen noch nicht, ob die Bundesregierung alle Erwartungen erfüllen kann, dennoch ist der Klang des Namens Deutschland in Europa sehr positiv.

Ich denke, davon sollten wir als Brandenburger auch profitieren. Wir müssten uns vor allen Dingen in Brüssel einsetzen. Deswegen werbe ich weiterhin dafür, dass wir die Landesvertretung in Brüssel personell und finanziell stärken, und hoffe diesbezüglich auf eine gute Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Frau Richstein. - Herr Minister Speer, Sie können noch einmal das Wort ergreifen. - Da der Minister nicht noch einmal sprechen möchte, ist die Rednerliste für die Einzelpläne 01, 02, 13 und 14 abgeschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Erstens: Ihnen liegt der Änderungsantrag der DVU-Fraktion in der Drucksache 4/3823 vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde gegen diesen Änderungsantrag gestimmt und er ist somit abgelehnt.

Zweitens: Ihnen liegt der Änderungsantrag der DVU-Fraktion in der Drucksache 4/3824 vor. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit wurde gegen diesen Antrag gestimmt und er ist somit abgelehnt.